

## Pressemitteilung

14. März 2025, Bern

### **DIE DUBLINENTSCHEIDUNGEN FÜR GRIECHENLAND SOLLEN AUFGEHOBEN WERDEN! STOPP DUBLIN GRIECHENLAND!**

Griechenland, aufgrund seiner geografischen Lage, wird gemäß der Dublin-III-Verordnung als Transitland bezeichnet.

Viele von uns mussten ihre Heimatländer aufgrund von Gewalt, Bedrohungen und Diskriminierung verlassen, die gegen unsere Überzeugungen, unseren Glauben und unsere Identität gerichtet waren.

Trotz der Gefahren, denen wir auf diesem Weg begegneten, mussten wir diese Flucht antreten.

Die Push-backs, Folter und unmenschliche Behandlung an den griechischen Grenzen haben dazu geführt, dass Tausende von Migranten inhaftiert, getötet oder schwer psychisch traumatisiert wurden.

Viele von uns, die es geschafft haben, hierher zu kommen, sollen nun nach Griechenland zurückgeschickt werden. Diese Aussicht erfüllt uns mit großer Sorge, für unser Leben.

Wir möchten daran erinnern, dass es hier nicht nur um bürokratische Entscheidungen geht, sondern um menschliche Schicksale.

Diese Entscheidungen betreffen Leben. Wir fordern, dass die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) umgesetzt werden.

Griechenland wird seit Jahren für die systematische Misshandlung von Flüchtlingen verurteilt, sowohl durch internationale Berichte als auch durch den EGMR und die Vereinten Nationen (UN).

Flüchtlinge in Griechenland sind regelmäßig Opfer von Folter, Misshandlungen, Inhaftierung und Push-backs.

Berichte von GDH Digital und TR724 dokumentieren schwere Menschenrechtsverletzungen, einschließlich körperlicher Gewalt und sexueller Belästigung.

Auch das Gutachten der Demokratischen Anwälte der Schweiz aus Februar 2025 und die Entscheidungen des EGMR aus Januar 2025 bestätigen diese schwerwiegenden Missstände.

Das Informationspapier Griechenlands aus Oktober 2024 und der Bericht der Schweizer Flüchtlingshilfe aus Juni 2024 zeigen auf, dass Migranten, die im Rahmen des Dublin-Verfahrens nach Griechenland zurückgeführt werden, keinerlei Sicherheitsgarantien erhalten.

Der Zugang zum Asylverfahren wird erschwert, die Lebensbedingungen sind katastrophal und das Recht auf ein faires Verfahren wird systematisch missachtet.

Trotz dieser Berichte bewertet Griechenland die Türkei als „sicheres Drittland“, was für Flüchtlinge, die aus der Türkei geflüchtet sind, eine existenzielle Bedrohung darstellt.

Diese Flüchtlinge sind der Gefahr einer Kettenabschiebung ausgesetzt.

Die Unterbringungsbedingungen in Griechenland sind laut zahlreichen Berichten internationaler Organisationen und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte absolut unzureichend.

Flüchtlinge leben in Parks, in schlechten Unterkünften oder in besetzten Gebäuden.

Es gibt keine finanzielle Unterstützung für Flüchtlinge, und ihre grundlegenden humanitären Bedürfnisse werden nicht gedeckt.

Die Wiederaufnahme der Abschiebungen nach Griechenland durch die Schweiz widerspricht der Tatsache, dass sich die Bedingungen in Griechenland nicht verbessert haben.

In den rund acht Monaten, in denen vor dem Bundesverwaltungsgericht Verfahren liefen, wurde noch keine Entscheidung getroffen.

Trotz der Bestätigung, dass in Griechenland keine ausreichenden Bedingungen für Flüchtlinge herrschen, wird die Rückführung zur Dublin-Praxis in der Schweiz ohne eine ausreichende Prüfung und auf Grundlage willkürlicher und abstrakter Behauptungen weitergeführt.

Dies stellt eine klare Verletzung der Menschenrechte dar.

Flüchtlinge sind gezwungen, unter unsicheren und schlechten Bedingungen zu leben. Griechenland verletzt dabei nicht nur die Rechte der Flüchtlinge, sondern handelt auch gegen die europäische Gesetzgebung und internationale Verträge.

Dies steht im Widerspruch zum Ziel des Dublin-Abkommens, einen Raum für Sicherheit, Freiheit und Gerechtigkeit für Flüchtlinge zu schaffen.

Wir fordern die Schweiz daher auf, diese Praxis sofort zu beenden und unsere Asylanträge zu prüfen und zu akzeptieren.

Im Rahmen der Migrationskooperationsvereinbarungen, die am 14. Oktober 2022 zwischen der Schweiz und Griechenland unterzeichnet wurden, hat die Schweiz 40 Millionen Schweizer Franken für Flüchtlingsprojekte in Griechenland bereitgestellt.

Im Rahmen dieses Abkommens hat Griechenland begonnen, Asylbewerber aus der Schweiz aufzunehmen. Wir decken dieses Abkommen auf und möchten betonen, dass bei diesen Verhandlungen wir Flüchtlinge – das menschliche Leben – im Mittelpunkt stehen.

Wir fordern lediglich das Recht auf ein sicheres Leben. Wir rufen die Schweizer Öffentlichkeit und die Medien dazu auf, ihre Stimmen gegen dieses Unrecht zu erheben und Solidarität zu zeigen.

Migration Solidarity Network, Droit de Rester, Solidarites sans frontières,  
PangeaKollektif Göçmen öz örgütlenmesi, IDHF, IGIF, ATIK, ITIF, SYKP STOP  
DUBLIN GREECE!